

## Zementwerk in Dotternhausen: Kritische Fragen an die Landtagskandidaten

**Tübingen.** Attac Tübingen-Reutlingen, Fridays for Future und Health for Future Tübingen haben den Landtagskandidaten der Wahlkreise Tübingen, Reutlingen und Hechingen-Münsingen sogenannte Wahlprüfsteine zu Schadstoffen der Zementindustrie geschickt. Sie wird weltweit für 8 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich gemacht. Konkret ging es um das Zementwerk Holcim Dotternhausen an der B27 in Richtung Rottweil. Es darf mit einer Ausnahmegenehmi-

gung des Regierungspräsidiums (RP) auch Restmüllabfälle verbrennen. Die Umweltgifte gelangten fast ungefiltert in die Atmosphäre und die Umgebung, so der Vorwurf der Organisationen.

Aus dem Wahlkreis Tübingen haben Daniel Lebe Abal (Grüne) und Claudia Haydt (Linke) den Initiativen geantwortet, ebenso die Klimaliste und Volt. Sie sichern zu, sich des Problems im Fall ihrer Wahl noch in diesem Jahr anzunehmen – im Wahlkreis Hechin-

gen-Münsingen auch die FDP. Nach Lede Abals Kenntnis endet die Ausnahmegenehmigung des RP Ende 2023. Dann sollte es keine weitere geben. Nach Haydts Auffassung sollte das Land dem RP weitere Sondergenehmigungen untersagen. Es sei „absolut unverständlich, dass Schadstoffe aus der Müllvertrennung weniger gefiltert werden müssen, wenn die Verbrennung der Zementherstellung dient“. Auch aus Sicht von Volt darf es „keine klima-/umweltschädli-

chen Gesetze und Sondergenehmigungen mehr geben“, die bestehenden müssten überprüft werden. Das sieht auch die Klimaliste so, die überdies auf umweltfreundlichere Baustoffe setzt. Aus dem Wahlkreis Reutlingen will Ramazan Selcuk (SPD) die Mitteilungspflichten verschärfen und Sondergenehmigungen nur restriktiv vergeben. Für Christof Gmeinder von der ÖDP stellt sich die Frage, „wie es überhaupt zu der Sondergenehmigung kommen konnte“. ST